Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pf. pro fünfspaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 108. [41. Jahrgang.] Sonnabend den 10. Mai 1902. [41. Jahrgang.] Nr. 108.

Berlin, den 9. Mai.

Graf Goluchowski über auswärtige Fragen.

Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski hielt in der Sitzung des Budget-Ausschusses der Delegation des österreichischen Reichsraths vom 7. Mai folgendes Exposé:

Meine Herren! Aus der Allerhöchsten Ansprache Sr. Majestät bei Eröffnung der Delegationen haben Sie bereits entnommen, daß die auswärtigen Beziehungen der Monarchie in jeder Hinsicht als günstig und aufriedenstellend angesehen werden können. Und in der That stehen die Grundpfeiler unserer Politik unverändert aufrecht, während unser Verhältniß zu allen Staaten ohne Unterschied das Gepräge freundschaftlicher und vertrauenerwekkender Gegenseitigkeit trägt, die am sichersten geeignet ist, der Pflege und Förderung des überall herrschenden Friedensbedürfnisses in nachhaltiger Weise den Weg zu bahnen. Der Dreibund, dessen Giltigkeitsdauer im Mai 1903 abläuft, geht nunmehr der Erneuerung entgegen, nachdem die drei Kabinette formelle Zusicherungen hinsichtlich ihrer besten Absichten ausgetauscht haben, den zwischen ihnen bestehenden Allianzvertrag in seinem vollen Werth aufrecht zu erhalten und an die Unterzeichnung der einschlägigen Instrumente rechtzeitig zu schreiten. (Lebhafter Beifall.) Auf der Grundlage sich gegenseitig deckender Interessen aufgebaut, jeder aggressiven Tendenz nach wie vor immer fürs einer Seite bar, wird somit der eminent konservative Bund der europäischen Zentralmächte auch weiter die hehren Friedensziele, denen er sich bisher verdankt, mit einigermaßen zu einem System herausbilden, welches bereits selbst in außereuropäischen Fragen Anwendung findet. In dieser Hinsicht kann ich als Beispiel auf den kürzlich zu Stande gekommenen englisch-japanischen Vertrag bezüglich Chinas und Koreas hinweisen, dem die russisch-französische Vereinbarung auf dem Fuße gefolgt ist, eine Abmachung, die von demselben konservativen Geiste beherrscht wird wie es bei der Begründung unseres eigenen Allianzverhältnisses der Fall war. Auch hier kommt das Bestreben zum Ausdruck, den Gefahren vorzubeugen, die sich aus den ostasiatischen Fragen für den allgemeinen Frieden ergeben könnten. Auch hier findet man in der Aufrechterhaltung des status quo und in der Sicherung der territorialen Integrität der erwähnten Staaten das wirksamste Mittel, um das Auftauchen weit ausgreifender Komplikationen zu verhindern. Auch hier endlich giebt sich das Bedürfniß kund, die konservative Aktion einer bestimmten Gruppe durch analoge Vorkehrungen seitens einer anderen zu ergänzen und durch Schaffung eines entsprechenden Gegengewichtes noch erfreulicher zu gestalten. Die Vortheile dieser internationalen Konstellationen werden aber noch dadurch prägnanter, daß letztere nicht im Mindesten spezielle Verabredungen zwischen einzelnen Mächten der verschiedenen Gruppen einschließen über ihre spezifischen Interessen, die sie allein berühren, und deren Regelung in jeder Weise nicht nur in keinem Widerspruch mit den Prinzipien steht, welche den Zusammenschluß der Hauptgruppen bewirkten, sondern im Gegentheil nur geeignet ist, die Garantieen zu vermehren, mit denen man heute allseitig bestissen ist, das große Friedenswerk zu umgeben. Dies beweist ebenso das vertrauensvolle Verhältniß, welches gegenwärtig zwischen Italien und Frankreich herrscht, und dem eine beiderseitige bereitgestellte Ausprache über die früher bestehenden Differenzen vorausgegangen war, als auch die überaus günstige Ausgestaltung unserer eigenen Beziehungen zu Rußland, zu der die Ihnen, meine Herren, bekannte Petersburger Vereinbarung vom Jahre 1897 geführt hat. Die seither in letztem Punkte eingetretene Wendung kann füglich als eine der erfreulichsten Erscheinungen bezeichnet werden, die in jüngster Zeit auf dem politischen Gebiet wahrzunehmen waren, weil damit vielfach Gefahren eingedämmt zu werden vermögen, die zu dem ständigen Inventar der Beunruhigung auf dem europäischen Kontinent gehören. Vom Augenblick an, wo autoritativ festgestellt werden konnte, daß weder wir noch Rußland selbstsüchtige Zwecke im nächsten Orient verfolgen, geschweige denn irgend eine Gebietserweiterung beleidigt auftreten, mußte logischer Weise das Mißtrauen, durch welches das Verhältniß beider Reiche zu einander Jahre lang schwer belastet wurde, von der Bildfläche schwinden und der freundlichen Stimmung dem Platz räumen, die wir nunmehr zu verzeichnen haben. In der engen Uebereinstimmung zwischen den beiden Kabinetten liegt übrigens das sicherste Mittel, um unser Ueberkommen vor äußerlichen und tieferen Dissonanzen zu bewahren. Denn so sehr die Regierungen beider Staaten von dem einmütigen Wunsche beseelt sind, ihr Thun und Lassen in den Dienst des Friedens zu stellen, so aufrichtig sie das Bestreben haben, Alles zu vermeiden, was diese Sorgfalt zu stören vermöchte, so ist andererseits der Umstand nicht zu übersehen, daß die Ziele ihrer Politik in starkem Gegensatze zu den Aspirationen einer Reihe unluterer Elemente stehen, die das Fischen im Trüben planmäßig betreiben und demzufolge keine Mühe scheuen, um durch tendenziöse Entstellungen und Verdächtigungen das Einvernehmen zu untergraben, welches neben anderen Vorzügen auch die Eigenschaft besitzt, gerade ihnen erfreulich das Handwerk legen zu können. Je erfreulicher aber diese Thatsache ist, desto gewichtiger drängt sich die Pflicht auf, dafür Sorge zu tragen, daß die nunmehr zu Stande gebrachte Verständigung, frei von jeder Entgleisung, auch für die weitere Zukunft unverfehrt erhalten bleibe. Dazu ist vor Allem nothwendig, daß beiderseits mit gleicher Gewissenhaftigkeit sämmtliche Bedingungen eingehalten werden, die an dieselben geknüpft sind, und wenn ich hier der Verscherung Ausdruck gebe, daß wir nichts sehnlicher wünschen, als unseren Verpflichtungen loyal und pünktlich nachkommen, so muß ich wohl sofort hinzufügen, daß wir nicht einen Augenblick daran zweifeln wollen, daß auch in Sr. Majestät Petersburg der ernste Wille vorhanden ist, mit uns diesfalls gleichen Schritt zu halten.

Der Minister weist sodann auf die ständigen Störungen auf dem Balkan hin und fährt fort:

Es wäre ja ein kaum zu rechtfertigender Optimismus und käme einer gründlichen Selbsttäuschung gleich, wollte man sich der Erkenntniß verschließen, daß die Zustände im ßlavischen Wetterwinkel unaufhörlich viel zu wünschen übrig lassen. Auch im letztverflossenen Jahre hat sich darin nichts zum Besseren gewendet und stehen die stets zunehmenden Wühlereiarbeit der revolutionären Komités noch immer höchst unerquickliche Verwaltungsverhältnisse auf türkischer Seite gegenüber, zwei Thatsachen, die in jedem Augenblick die unerquicklichsten Erscheinungen zeitigen können. Allerdings haben sowohl unsere als auch Rußlands wiederholte Ermahnungen an die Balkanstaaten, sich jeder, wie immer geartesten Unterstützung solcher Treibereien zu enthalten und dieselbe dafür zu sorgen, daß dieselben in ihren Machtbereich nicht zur Ausbreitung kommen, viel dazu beigetragen, eine Zuspitzung der Gefahr bisher zu vermeiden, während nicht minder die militärische Bereitschaft der Türkei zur Niederwerfung einer eventuellen aufständischen Bewegung in mancher Hinsicht auf die Thätigkeit der Unruhstifter abkühlend wirken mußte. Nichtdestoweniger hat die Gestaltung der Dinge auf diesem Punkt unseres Weltpteils ein sehr unerfreuliches Ansehen und erheischt deshalb eine konsequente und übereinstimmende Behandlung seitens der beiden an den dortigen Vorgängen zunächst interessirten Kabinette von Wien und St. Petersburg, um nicht eines schönen Tages zu einer förmlichen Kalamität zu führen. Alle unsere Bemühungen, fremde, störende Ausschreitungen in jenen Gegenden hintan zu halten, setzen indeß eine entsprechende Sanirungsmaßregel seitens der Türkei unbedingt voraus, die sich wohl vergegenwärtigen kann, daß auch ihr das Recht nicht abgesprochen werden könne, aufrührerischen Umtrieben mit dem gebotenen Aufgebot angemessener Mittel entgegenzutreten. Grausamkeiten dagegen und Gewaltakte, die ohne Unterschied die Schuldigen ebenso wie die Unschuldigen treffen würden, könnten die Lage nur verschärfen und gerade das Spiel jener verstreckten Unruhestifter besorgen, die sich bestimmte Ziel verfolgen, durch die Provozirung von Unruhestreitungen und Metzeleien die Bevölkerungen der Nachbarländer zu unbesonnenen Schritten zu verleiten.

In diesem Geiste bewegten sich die Vorstellungen, die wir schon wiederholt und kürzlich noch im Einvernehmen mit dem russischen Kabinet an die Pforte gerichtet haben. So wie aber die türkische Regierung zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflicht gehalten wird, so dürfen auch die andern Länder, wie zunächst Bulgarien, nicht unterlassen, was zur Kalmirung der aufgeregten Gemüther beitragen könnte. Es muß vor Allem bemüht sein, seine turbulenten Elemente in Zaum zu halten, um ja nicht durch die lästige Handhabung der gebotenen Kontrolle in den Verdacht strafbarer Komplizität zu gerathen. Nimmt heute das benachbarte Königreich Rumänien einen so hervorragenden Platz im Schooß der europäischen Völkerfamilie ein, so verdankt es dies der Regierung, der zielbewußten Arbeit eines weisen Herrschers und seiner um den Aufschwung seines Landes hochverdienten Rathgeber, die unter gewissenhafter Vermeidung jeglicher Abenteuer und unter Bewahrung der staatlichen und politischen Selbstständigkeit desselben vor auswärtigen Einflüssen ihre ganze Aufmerksamkeit seit mehr als einem Vierteljahrhundert der inneren Gesterkung zugewandt haben. Dieses so nachahmungswürdige Beispiel könnte manchem jener Staaten als Vorbild einer gesunden Arbeit eines weisen Herrschers und seiner um den Aufschwung seines Landes hochverdienten Rathgeber, die unter gewissenhafter Vermeidung jeglicher Abenteuer und unter Bewahrung der staatlichen und politischen Selbstständigkeit desselben vor auswärtigen Einflüssen ihre ganze Aufmerksamkeit seit mehr als einem Vierteljahrhundert der inneren Gesterkung zugewandt haben. Dieses so nachahmungswürdige Beispiel könnte manchem jener Staaten als Vorbild einer gesunden Politik dienen, für die bei jener Staaten als Vorbild einer gesunden Arbeit eines weisen und das rechte Verständniß und das weitgehendste Entgegenkommen zu finden sein wird. An dieser Stelle kann ich als erfreuliches Symptom auf die sichtliche Wendung zum Besseren hinweisen, die sich allmälig in Griechenland vollzieht. Auch auf Kreta haben die Zustände unter der ebenso geschickten als zielbewußten Leitung des Ober-Kommissärs Prinzen Georg zusehends gebessert.

Im äußersten Osten hat die Aktion der Mächte durch den Pekinger Friedensschluß und die Feststellung der von China zu zahlenden Entschädigungssumme nunmehr ihren Abschluß gefunden. Was die Zukunft anbelangt, so stehen wir den zwei Erklärungen gegenüber, welche die Erhaltung des status quo und das Prinzip der offenen Thür in wirthschaftlicher Beziehung proklamiren, und denen wir uns umsomehr anschließen können, als wir keine politischen Interessen in China zu verfolgen haben und nur dafür sorgen müssen, daß unserem erst in den Anfangsstadien sich bewegenden Handel in diesen Gegenden keine ungünstigeren Bedingungen auferlegt werden als dem Handel aller anderen Mächte.

Da wir nun das handelspolitische Thema gestreift haben, kann ich nicht umhin, auf die großen Aufgaben hinzuweisen, die in allernächster Zeit unser harren:

Die 1½ Jahre, die noch vor dem Erlöschen der gegenwärtigen Handelsverträge liegen, werden vollauf unsere Thätigkeit in Anspruch nehmen, und wenn auch ich mich nicht der Erkenntniß verschließe, daß die Verhandlungen auf manche Schwierigkeiten stoßen dürften, so glaube ich doch, daß dieselben bei einigem guten Willen nicht so unüberwindlich sein werden, um nicht endlich zu einem allseitig annehmbaren Vergleich zu führen. Dies setzt allerdings zwei Bedingungen voraus, einerseits einen gewissen Grad von Einsicht und Mäßigung in den wirthschaftlichen Kreisen der verschiedenen in Betracht kommenden Staaten, um, ohne daß dabei die Prestige wirklich vitaler Interessen in Frage kommt, die Ueberbrückung der zum Vorschein kommenden Gegensätze zu ermöglichen, andererseits, was uns speziell betrifft, eine vollständige Uebereinstimmung zwischen beiden Theilen der Monarchie, um dem Ausland gegenüber als geschlossenes und somit kräftiges Ganzes auftreten zu können und uns nicht etwa durch mangelhafte Bestellung des eigenen Haushalts schon a priori in Nachtheil zu versetzen. (Hört, hört!) Daß von jeder Seite einige Opfer gebracht werden müssen, um zu einer billigen Verständigung zu gelangen, daß vor Allem die Alliirten trachten müssen, sich miteinander abzufinden, um einen vertraglosen Zustand zu vermeiden, der wirthschaftlichen Beziehungen mit den politischen möglichst in Einklang zu bringen, scheint mir ziemlich einleuchtend zu sein, aber ebenso naheliegend ist es, daß, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, in eine höchst ungünstige Lage zu gerathen und etwa die Zeche allein zu zahlen, wir unbedingt dafür sorgen müssen, eine gemeinsame Operationsbasis für sämtliche, auf der wir unsere Postulate bei den Verhandlungen mit den fremden Staaten erfolgreich vertreten können.

Eine Vereinbarung über den autonomen Zolltarif, sowie die Perfektionirung des wirthschaftlichen Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn sind die unausweichlichen Voraussetzungen einer diesfälligen erfreulichen Aktion.

Der Minister schließt mit der Mittheilung des Entschlusses des Kaisers, das Geriätgnis des Werkes des Kronprinzen Rudolf „Die österreichische Monarchie in Wort und Bild" der gemeinsamen Konsular-Akademie zuzuwenden. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Graf Goluchowski sein Exposé beendet, führt Kramarcz aus, der Standpunkt seiner Partei decke sich mit den Ausführungen des deutschen Reichskanzlers Grafen v. Bülow vom 8. Januar d. J., in welchen mit größter Deutlichkeit gesagt sei, daß der Dreibund für Preußen nur ein Sicherungsmittel für seine frühere Eroberungspolitik bedeuten, und daß Oesterreich-Ungarn sich dazu hergeben habe, durch den Beitritt zum Dreibunde Alles zu rattifizieren, was die preußische Politik von jeher systematisch gegen Oesterreich unternommen habe. Angesichts dieser Umwertung des Dreibundes sei für Geheimhaltung des Dreibundvertrages wohl kein Grund mehr vorhanden. Redner frage den Minister, ob die Provinzialmächte genehmigt seien, den Text des Vertrages zu veröffentlichen, und verlangt Aufklärung über den unbegreiflichen, überraschenden Trinkspruch des deutschen Botschafters in Wien, der von einem unlöslichen österreichisch-deutschen Bündniß gesprochen habe, von dem doch die Volksvertretung etwas wissen müßte. Redner spricht sich für Ablehnung aus, daß die Mittel für den Abschluß des Dreibunds nicht gewillt wäre, den farblosen Dreibund mit schweren wirthschaftlichen Opfern zu bezahlen. Redner begrüßt sodann auf das Freudigste die warmen Worte des Ministers über das Einvernehmen mit Rußland, welches die beste Friedensbürgschaft biete, glaubt jedoch, daß eine flotte Politik des status quo auf dem Balkan nicht genügende Garantien für die legitime Stellung Oesterreich-Ungarns und die Erhaltung des Friedens dortselbst biete, namentlich Angesichts der Ausübung des faktischen Protektorats seitens Deutschlands in Konstantinopel und der nationalen italienischen Aspiration am Ostgestade des Adriatischen Meeres. Hierzu wäre ein konkretes Einvernehmen mit Rußland nötig. Redner schließt mit dem Wunsche, daß der nicht mehr unbedingt nothwendige Dreibund in Oesterreich-Ungarn gleiche Würdigung erfahre, wie seitens des Reichskanzlers Grafen Bülow. — Abg. Sylvester wendet sich gegen den Abg. Kramarcz und weist darauf hin, daß Fürst Bismarck selbst den Dreibund als Defensivbündniß bezeichnet habe. Er begrüßt die Mittheilungen des Ministers über die Erneuerung des Dreibundes und das Verhältniß zu Rußland und bedauert, daß weder Dreibund noch Zweibund etwas zur Eindämmung des südafrikanischen Krieges gethan hätten. — Kosłowski betont, die Polen würdigten mit Selbstverleugnung und Hintansetzung berechtigter nationaler Gefühle den Dreibund. Er wolle keineswegs das ganze deutsche Volk für die rechtsverletzenden Maßnahmen der preußischen Regierung verantwortlich machen. Redner verweist auf die Verletzung des Briefgeheimnisses, die Nichtbestellung polnisch adressirter Briefe und erklärt, derartige kleinliche Chikanen könnte man nur untergeordneten Beamten zuschreiben, wenn nicht die nationale Politik Deutschlands gegenüber den Polen bewiese, daß es sich um planmäßiges, gegen die österreichischen Polen gerichtete Aktion der preußischen Regierung handle. Redner spricht von Massenausweisungen aus Deutschland, verweist auf die für Oesterreich ungünstige Durchführung der Veterinärkonvention von Seiten Deutschlands und meint, Deutschland, welches sich in anderen Weltheilen wichtige Aufgaben auferlegt habe, sei am Dreibund viel mehr interessirt als Oesterreich-Ungarn, welches keine Kolonialpolitik habe. Schließlich erklärt Kosłowski, die Polen würden für das Budget des Ministeriums des Auswärtigen stimmen. — Graf Stürgkh erklärt sich als durch das Exposé des Ministers für im Allgemeinen befriedigt, namentlich durch die Mittheilung bezüglich Erneuerung des Dreibundes, und führt aus, die Darlegung des Verhältnisses zu Rußland bezüglich der Balkanpolitik gebe berechtigten Grund zu berubigter Auffassung der auswärtigen Lage. Der Ausschuß habe mit großer Befriedigung von der zuversichtlichen Erwartung des Ministers Kenntniß genommen, daß es zum Abschlusse der für die heimische Volkswirthschaft unerläßlich notwendigen internationalen Handelsverträge kommen werde. — Dr. Pergelt begrüßt zwei Thatsachen als erfreulich, welche das Exposé enthalten: nämlich den ungetrübten Fortbestand des Balkan-Einvernehmens mit Rußland, sowie die Konstatirung der formellen Uebereinstimmung der betheiligten Kabinette bezüglich der Erneuerung des Dreibundes. Redner erklärt, wenn der Dreibund nicht nur den Bedürfnissen der österreichisch-ungarischen Monarchie am besten entspreche, sondern auch dem nationalen Empfinden der Deutschen in Oesterreich am sympathischsten sei, so sei dies wohl kein Fehler des Dreibunds.

Graf Goluchowski erwidert auf die Ausführungen Sylvesters, er glaube nicht, daß irgend ein Staat im südafrikanischen Kriege sich zu einer Vermittlerrolle hergeben werde, wenn er von vornherein wisse, daß die Vermittlung von einem der kriegführenden Theile nicht angenommen würde. Die englische Regierung habe aber wiederholt erklärt, daß sie eine Intervention nicht zulassen könne. Eine aufgezwungene Intervention hätte leicht zu weitgehenden Verwicklungen selbst zwischen europäischen Mächten führen können.

*

In seiner Erwiderung auf die Ausführungen Kramarcz' sagt Graf Goluchowski:

Ich bin zwar nicht berufen, die Gedanken des Grafen Bülow hier zu erörtern und zu interpretiren; ich glaube aber, daß es unmöglich in seiner Absicht gelegen sein konnte, den Dreibund zu bagatellisiren, wie es ihm Kramarcz zugemuthet hat. Graf Bülow hat meiner Ansicht nach basjenige gesagt, was jeder Staatsmann, der etwas Selbstverstrauen besitzt und eine selbstständige Politik führen will, sagen konnte und sagen mußte. Es wäre traurig bestellt, wenn ein Staat nur auf eine einzige Kombination angewiesen wäre. Aber, nachdem es heute nicht angeht, sich in eine — um ein oft gebörtes Wort zu gebrauchen — „splendid isolation" zu begeben, und es nothwendig ist, mit anderen Mächten zu verbinden, um Friedenszwecke zu erreichen, mußten die einzelnen Staaten darüber ins Reine kommen, welche Kombination ihren Interessen am meisten zusagt. Dabei fand wir, wie Deutschland, zu dem Schluße gelangt, daß die bewährte Grundlage, die seit 30 Jahren den Frieden Europas zu erhalten im Stande war, aufrecht erhalten werden müsse, und daß es im Interesse der einzelnen Kompaziszenten gelegen sei, an dieser Grundlage nichts zu ändern.

Bezüglich der Rede des Fürsten Eulenburg bemerkt der Minister:

Es ist von vornherein schwer, über Reden, die bei einem Bankett gehalten werden, worüber keine authentischen Aufzeichnungen vorliegen, sich zu äußern. Insoweit aber die Worte des Fürsten Eulenburg richtig wiedergegeben sind, sind dieselben wohl in der Weise zu verstehen, daß er dem Wunsche Ausdruck geben wollte, dieses Bündniß möge nicht geldst werden. Für die Ewigkeit kann überhaupt nicht gesorgt werden; sondern es war offenbar nur gemeint, daß diese Kombination den Interessen aller Betheiligten entspricht und für eine möglichst lange Reihe von Jahren erhalten bleiben möge.

Der Minister fährt sodann fort;

Kramarcz hat den Wunsch ausgesprochen, daß der Dreibundvertrag publizirt werde, und daran die Bemerkung geknüpft, er wisse nicht, worum dies nicht geschehen könne, da dies doch allgemein eine beruhigende Wirkung haben würde. Politische Verträge pflegen aber nur in den seltensten Fällen publizirt zu werden. Es ist zwar richtig, daß unser Vertrag mit Deutschland vom Jahre 1879 im Februar 1888 verlautbart worden ist. Aber dies entsprach einer politischen Nothwendigkeit, die damals von beiden Kabinetten erkannt wurde, der Nothwendigkeit, nämlich die öffentliche Meinung in Bezug auf die friedlichen Absichten beider Reiche zu beruhigen. Zwischen den Theilnehmern des Dreibundvertrages ist aber die Verabredung getroffen, denselben nicht zu publiziren. Wenn Kramarcz fragt, warum eine solche Publikation nicht stattfinden soll, so kann dieselbe Frage auch bezüglich des französisch-russischen Bündnisses gestellt werden, dessen Publikation bis jetzt auch nicht erfolgt ist. Gegenüber der Vermuthung von Kramarcz, daß die Erneuerung des Dreibundvertrages mit wirthschaftlichen Fragen verquickt worden sei, kann ich volle Beruhigung geben, daß dies nicht der Fall ist. Ich halte, wie im vorigen Jahre, auch heute noch daran fest, daß Handelsverträge nicht als Kompensationsobjekte für politische Verträge angesehen werden können. Ich gebe aber zu, daß es wichtig und nothwendig ist, wenn ein politisches Bündniß zwischen einzelnen Staaten besteht, die wirthschaftlichen Fragen mit dem politischen Bündniß, wenn möglich, in Einklang zu bringen. Es ist nicht gut möglich heute, ein politisches Bündniß zu schließen, ohne einen wirthschaftlichen Kriege. Es müßen deshalb die Bemühungen aller Regierungen darauf gerichtet sein, die Gegensätze, die sich ergeben können, womöglich auszugleichen, um die Konkordanz zwischen den politischen und handelspolitischen Beziehungen herzustellen. Der Delegirte Kramarcz hat mit Befriedigung davon Kenntniß genommen, daß unser Verhältniß zu Rußland in ein enges und friedenverheißendes sei, aber daran die Bemerkung geknüpft, daß man nicht nur für Erhaltung des satus quo auf der Balkanhalbinsel sorgen, sondern auch weiter blicken und für den Fall Vorkehrungen treffen müsse, daß Verhältnisse eintreten, welche die Erhaltung des status quo nicht mehr gestatten. Allerdings haben wir den status quo als eine Ziel einer Politik auf unbestimmte Zeit sein. Man erhält die bestehenden Zustände, so lange es geht. Sollten aber — unabhängig von unserem Willen — Ereignisse eintreten, die eine andere Politik nothwendig machen, so wird dafür vorgesorgt werden müssen, daß die sich ergebenden Verhältnisse womöglich in friedlicher Weise geregelt werden. Ich bin fest überzeugt, daß gerade das intime Verhältniß und der enge Zusammenschluß mit Rußland es ermöglichen würden, eine beiden Staaten möglichst günstige Lösung zu finden. Heute schon vorauszusehen, was geschehen wird, und zu welchen Mitteln man wird greifen müssen, ist allerdings nicht möglich.

Bezüglich der von dem Delegirten Kosslowski erwähnten Ausweisungen bemerkt Graf Goluchowski, daß das von demselben Vorgebrachte den thatsächlichen Verhältnissen nicht entspreche, und führt des Weiteren aus:

So oft unseren Vertretungsbehörden Beschwerden ihrer Staatsangehörigen über Ausweisungsmaßregeln zukommen, werden bei der deutschen Regierung die nachdrücklichsten Schritte unternommen, die auch in sehr vielen Fällen von Erfolg begleitet waren. Von Massenausweisungen kann nicht gesprochen werden. Zeitungsmeldungen, in welchen Derartiges behauptet wird, haben sich durch die gepflogenen Erhebungen wiederholt als Erfindungen herausgestellt. Dem Wunsch des Delegirten Pergelt nach einer ausführlichen Auslassung über die Frage der Handelsverträge hält der Minister entgegen, daß sich über dieses Thema gegenwärtig nichts sagen lasse. Solange der österreichisch-ungarische Zolltarif nicht festgestellt sei, könne nicht einmal eine Ansprache mit fremden Staaten stattfinden. Dazu komme gerade bezüglich des wichtigsten Vertrages — nämlich desjenigen mit Deutschland — die Schwierigkeit, daß auch dort der Zolltarif noch nicht perfekt sei. Was den deutschen Tarifentwurf anlange, dürfe man aber nicht vergessen, daß derselbe ein Kampfzarif sei, und es sei mit aller Bestimmtheit zu erwarten, daß man zu einem billigen Vergleiche kommen werde. Das Budget des Ministeriums des Äußern wurde schließlich unverändert angenommen. Die nächste Sitzung findet am 9. d. M. statt.

Budapest, 8. Mai. Die Morgenblätter sprechen sich über das Exposé des Grafen Goluchowski sehr günstig aus. Der „Pester Lloyd" sagt: „Mit dem einen, aber vielsagenden Satz des Ministers des Äußern, die Grundpfeiler unserer Politik stehen unverehrt aufrecht, werden alle Zweifel an der Fortdauer des alten Verhältnisses, aber auch der Zweifel, ob die innere Gestaltung dieses Verhältnisses intakt geblieben ist, aus der Welt geschafft." Sämmtliche Blätter heben die Wichtigkeit der Eröffnungen des Grafen Goluchowski über die Beziehungen zu Rußland hervor. Der „Pester Lloyd" bemerkt: „Es will uns scheinen, daß das Einvernehmen zwischen der Monarchie und Rußland nicht lediglich auf dem Balkan, sondern auf die gesammte europäische Lage hinaus wirkt. Sehr lebhaft können wir die Offenheit unseres Ministers des Auswärtigen würdigen, der heute wohl nicht lediglich zum Hausgebrauch für die Delegationen die Nothwendigkeit unbedingter Loyalität in der Beobachtung der Vereinbarungen beider Mächte betont hat. Es kommt uns nicht in den Sinn, zu behaupten, daß die Leitung unseres auswärtigen Amtes bereits Erfahrungen gemacht hat, welche ihr den Verdacht nahe legen würden, daß die Praxis der russischen Orientpolitik von den theoretischen Vereinbarungen abweiche. Nein, wir halten solches für ausgeschlossen; aber sicherlich ist es nicht illoyal, wenn die Gebote der Loyalität mit allem Nachdruck hervorgehoben werden."

Politischer Tagesbericht.

In der Sitzung des **Bundesraths** vom Mittwoch wurden den zuständigen Ausschüssen folgende Mittheilungen des Präsidenten des Reichstages überwiesen: 1. vom 19. April 1902 über den Reichstagsbeschluß zu Anträgen der Abgeordneten Dr. Rintelen und Genossen wegen Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung im Sinne der Wiedereinführung der Berufung; 2. vom 1. Mai 1902 über die Beschlüsse des Reichstags zu dem von dem Abgeordneten Rickert und den Abgeordneten Gröber und Genossen vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869; 3. vom 3. Mai 1902 über die Beschlüsse des Reichstages zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte sowie Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen.

Der Bundesrath beschloß ferner, die Gesetzentwürfe a) vom 30. April 1902, betreffend den Gebührentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal, b) vom 30. April 1902, betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902, zur Allerhöchsten Vollziehung vorzulegen.

Die Zustimmung wurde ertheilt der Vorlage, betreffend die am 19. März 1901 in Paris vollzogene Uebereinkunft zum Schutze der für die Landwirthschaft nützlichen Vögel; ferner den Beschlüssen des Reichstages zum Entwurf eines Schaumweinsteuergesetzes und den Ausschußanträgen zu dem Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes vom 7. April 1902 und zu der Vorlage vom 11. April d. J., betreffend Aenderung der Statuten der Deutschen Hypothekenbank in Meiningen. Die Beschlüsse des Landesausschusses zu der allgemeinen Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für 1897/98 wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

China.

Dem „Standard" wird aus Tientsin telegraphirt, di aufrührerische Bewegung in der Provinz Tschili sei i der Ausbehnung begriffen. Es seien wieder Angriffe a christliche Kirchen und Missionare gemacht worden. Die Zal der Aufständischen werde auf 40 000 Mann geschätzt, die gu bewaffnet seien. Bis jetzt sei es den Truppen des Vizekönig Juanschikai durchaus mißlungen, die Erhebung niederzuschlagen die Behörden seien nun bemüht, die Aufständischen durch Gel geschenke zur Ruhe zu bringen.

Nach einer Pekinger Depesche des „Reuterschen Bureau ist dem Bischof Favier die Mittheilung zugegangen, daß ei den Unruhen in Tschili 10 000 Bewaffnete mit einigen G schützen theilnehmen.

*

Wie die „Kölnische Zeitung" aus Petersburg vom 7. d. J melbet, verweigerte die koreanische Regierung die v japanischen Gesandten erbetene Genehmigung zur Eröffnung eines japanischen Postamts in Londo (Provinz Sö mit der Begründung, es gebe in dieser Stadt schon koreanisches Postamt. Loud ist der Ausländern verschlossen

Im Haag erschien am Donnerstag der Bericht Bureaus der Zweiten niederländischen Kammer über die Vo lage, betreffend die **deutsch-holländische Kabelkonventi** Derselbe besagt: Einige Mitglieder haben die Ansicht geäußt daß die Regierung das Interesse Hollands an der neuen V bindung zu hoch einschätze; bei einer Unterbrechung der V bindung über die Straits Settlements wäre Holland a dings ohne Verbindung mit seinen indischen Kolonieen, sei nach den mit der Eastern Extension Company gemac Erfahrungen diese Gefahr ausgeschlossen. Im Gege hierzu, fährt der Bericht fort, ist die große Mehrheit der S glieder von der Wichtigkeit der neuen Verbindung, namen in Zeiten des Krieges oder der Kriegsgefahr, überzeugt. Sprachen sich einige Mitglieder gegen das zur Erreichung Zieles vorgeschlagene Verfahren aus. Sie bekämpfen Zusammengehen mit Deutschland, das eine auf 20 Jahr leistende beträchtliche Subvention erfordere, Holland ge liche Verpflichtungen auferlege und in Ueberwiegen deutschen Einflusses bei der subventionirten Gesellschaf fürchten lasse. Ein Kabel von Menado nach den Philipp das telegraphisch mit Manila verbunden sei, oder noch b ein Kabel von Batavia nach den Philippinen verdiene Vorzug. Andererseits wurde hervorgehoben, daß das Int Deutschlands und Amerikas an dem geplanten Kabe Verbindung der telegraphischen Verbindung in Kriegs gewährleiste, und daß aus politischen Gründen die Verhä mit den Vereinigten Staaten allein nicht der vorgeschla Konvention vorzuziehen sei. Das Kapital könne sehr gu großen Theil in Holland aufgebracht werden, und vor Höhe des angelegten Betrags hänge der Einfluß ab. Eine Menado—Philippinnen sei durch das spanische Mo der Eastern Extension Company ausgeschlossen, und die Batavia—Manila würde viel theurer zu stehen kommen.

Südafrika.

Auf dem am 7. Mai in London veranstalteten S banket der „Primrose Liga" hielt Lord Salis eine Rede, in welcher er zunächst der „unruhigen Zei dachte, die das Land seit Gründung der Liga durchgem gehabt hat, und bezüglich der egyptischen und der Frage ausführte, in Egypten stehe England an der Spitz bezüglich Irlands brauche nicht mehr besorgt zu werden das wahnwitzige, selbstmörderische Projekt einer Los vom Reiche von Seiten irgend eines Staatsmannes ste stützung finde. Redner kam dann auf den Krieg in Sü zu sprechen und sagte, so groß Englands Opfer auch sei, so könne man doch erkennen, daß die Macht, das Ansehen, der Einfluß des großen britischen Reiches nie wirksamer, bewunderungswerther seien, als vorher.